Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 75 (1995)
Heft: 4

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ulrich Pfister

Abenteuer Neat

Mit einiger Sicherheit wird man prophezeien dürfen, dass verkehrspolitische Strategien und Grossprojekte die politische Öffentlichkeit auch in den kommenden Jahren intensiv und schmerzhaft beschäftigen werden. Das liegt nicht nur daran, dass Verkehrsfragen der Schweiz als historischem Knotenpunkt im europäischen Netz einige schwerwiegende integrationspolitische Knacknüsse bescheren, sondern auch daran, dass die Mobilität innenpolitisch zum ideologischen Exerzierfeld geworden ist. Mit der Einigung auf eine massive Förderung des öffentlichen Verkehrs hat man die Konflikte zwar vordergründig entschärfen können, aber über den Preis eines grosszügigen und aufwendigen dualen Verkehrssystems werden früher oder später heftige Auseinandersetzungen entbrennen.

Mit der Zustimmung zu den Projekten «Bahn 2000» und «Neat» sowie zur Alpeninitiative haben die Stimmbürger ihre Bereitschaft bekundet, den Ausbau der Verkehrskapazitäten nach der Fertigstellung des Nationalstrassennetzes vor allem auf der Schiene voranzutreiben. Beide Bahnprojekte berücksichtigten sehr ausgeprägt regionalpolitische Interessen, beide wurden aber auch durch einen erträglich erscheinenden finanziellen Rahmen begrenzt. Was sich nun abspielt, ist die brutale Entlarvung von Illusionen, vor allem bezüglich Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit der allzu optimistisch verfassten und «verkauften» Konzepte. «Bahn 2000» wurde vom Bundesrat stark redimensioniert, um den finanziellen Rahmen nicht über Gebühr zu sprengen. Bei der Neat haben Expertenberichte bestehende Zweifel an den betriebswirtschaftlichen Prognosen bestätigt und die Finanzierung durch Kredite mit beträchtlichen Zinslasten in Frage gestellt.

Nun steht die schweizerische Öffentlichkeit vor einem Abenteuer mit zahlreichen Unwägbarkeiten, die von Experten unterschiedlich beurteilt werden. Kein Wunder, dass die als Bürger letztlich zum Entscheid aufgerufenen Laien sich überfordert fühlen und verunsichert sind. Es wird ihnen zugemutet, ein Geflecht von verkehrspolitischen Wunschvorstellungen, integrationspolitischen Zwängen, betriebswirtschaftlichen Berechnungen, regionalpolitischen Interessen und finanzpolitischen Konsequenzen zu durchschauen. Was ihnen die Politiker – in Regierung und Parlament – an Orientierungshilfe anbieten, ist wenig geeignet, Fakten und Motive aller Art zu erkennen und auseinanderzuhalten. Aus Bürgersicht lassen sich indessen einige Fragen aufwerfen, die einer Klärung bedürften.

Verkehrspolitisch dürfte unbestritten sein, dass die Schweiz im alpenquerenden Transit sowohl für den Güter- wie für den Personenverkehr auf der Schiene eine leistungsfähigere und schnellere Lösung anbieten muss, wenn das Strassennetz nicht in absehbarer Zeit übernutzt und die Umwelt an neuralgischen Stellen übermässig belastet werden soll. Unter integrationspolitischen Aspekten ist ein solches Angebot zwingend. Seine Dimensionierung kann und soll jedoch besser auf die Projekte in den Nachbarländern abgestimmt werden. Die Konkurrenzverhältnisse sind dabei einerseits unter den wirtschaftlichen Gesichtspunkten einer drohenden Umfahrung und andererseits unter dem Aspekt einer verkehrs- und umweltpolitisch sinnvollen internationalen Arbeitsteilung zu beurteilen. Nicht zu übersehen ist, dass in der europäischen Perspektive der Ost-West-Verkehr gegenüber dem Nord-Süd-Verkehr an Bedeutung gewinnt. Betrachtet man das Neat-Projekt unter diesen sachlichen Gesichtspunkten, wäre eine gründliche Überprüfung zweifellos geboten.

Es sind vorab innenpolitische Gründe, die einer nüchternen Analyse und einer umsichtigen Neubeurteilung dieses Grossprojektes entgegenstehen. Das Konzept der zwei Achsen sei das Resultat einer föderalistischen Konsensfindung und als solches vom Souverän abgesegnet worden, heisst es; es sei deshalb als bindender Auftrag zu betrachten. Diese Argumentation ist nicht ungefährlich. Denn ein einmal gefällter Entscheid, der eine Maximallösung als finanziell scheinbar tragbaren Kompromiss zwischen gegensätzlichen regionalen Begehrlichkeiten sanktionierte, wird die Volksmeinung keineswegs daran hindern, die Schuld an nicht erfüllten regionalen Erwartungen, etwa bezüglich Beschäftigungswirkung, an sich als unseriös erweisenden betriebswirtschaftlichen Berechnungen und vor allem an massiven finanziellen Mehrbelastungen dereinst unbarmherzig den verantwortlichen Politikern zuzuweisen. Dass der Bundesrat nach Bekanntwerden der kritischen Expertenberichte sehr schnell das Konzept bestätigte,

aber zu neuen Finanzierungsvorschlägen Zuflucht suchte, kam dem Eingeständnis einer Fehlplanung gleich, ohne dass daraus alle sich aufdrängenden Konsequenzen gezogen wurden.

Dass Zukunftsinvestitionen – wie die grossen Eisenbahnwerke im letzten Jahrhundert – Weitsicht und Mut verlangen, könnte einer kleinlichen und nur gegenwartsbezogenen Kritik zu Recht entgegengehalten werden. Es wäre aber ebenso verhängnisvoll, grosse Würfe zu sehr mit zeitbedingten politischen und wirtschaftlichen Sonderinteressen zu belasten und ihre Kosten grösstenteils kommenden Generationen zu übertragen. Die Unsicherheit bezüglich der Risiken, die das Projekt Neat mit sich bringt, ist jedenfalls zu gross, als dass man mit gutem Gewissen die seinerzeit gewährte Zustimmung der Bürger zum Freipass für ein Abenteuer mit unabsehbarem Ausgang nehmen dürfte. ✦

Albert A. Stahel

Zur strategischen Lage

1995 wird die strategische Lage Westeuropas vor allem durch die Ereignisse in der Russischen Föderation und durch die Konflikte im Mittleren Osten und in Nordafrika beeinflusst. Politisch und wirtschaftlich ist Westeuropa von den USA abhängig. Für die USA stehen aber eigene strategische und wirtschaftliche Interessen im Vordergrund.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt pendelt die *Russische Föderation* einerseits zwischen der Repression im Innern und der imperialistischen Machtpolitik nach aussen und andererseits dem staatlichen Zerfall. Der Zerfallsprozess umfasst heute alle Bereiche des Staates: die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Armee. Während die Clique um *Jelzin* und das organisierte Verbrechen rücksichtslos das Land ausplündern und den grössten Teil der Menschen in die Armut treiben, hat der Zerfall in der Armee auf die Führungsstruktur, die Organisation und die Ausbildung übergegriffen. Die zu einem wesentlichen Teil korrupte Generalität bereichert sich durch einen rücksichtslosen Waffenhandel. Sie sorgt sich nicht um die Soldaten und um deren Ausbildung. Grosny führt diese Missstände vor Augen. Russland verfügt im Prinzip über keine intakten Verbände mehr. Nicht oder schlecht ausgebildete Soldaten werden als Kanonenfutter verheizt. Eine Reserve existiert nicht mehr. Kampftaugliche Einheiten werden aus allen Ecken des Imperiums zusammengetrieben. Zu diesen gehören Einheiten der Marineinfanterie. Gleichzeitig nimmt die Desertion in ungeahntem Masse zu. Der Gesamtbestand der Streitkräfte wird von Experten auf unter 1,2 Millionen Mann geschätzt. Die Aussage, dass die russische Armee heute nicht mehr existiert, dürfte zutreffend sein. Aber auch die Einheiten des KGB und des Innenministeriums sind nicht mehr glaubwürdig. Eliteeinheiten, wie die frühere Alpha-Einheit, existieren nur noch auf dem Papier.

Mit Sicherheit dürfte der Zerfallsprozess in interne Gewalttätigkeiten münden. In absehbarer Zeit wird eine andere Clique – seien dies moderate oder extreme Nationalisten – versuchen, die Jelzin-Clique auszuschalten und die Macht zu übernehmen.

Die *Vereinigten Staaten von Amerika* sind primär mit zwei Problemen konfrontiert: *erstens* die Bedrohung ihrer Existenz durch nukleare Waffen; *zweitens* die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Das erste Problem umfasst einerseits die Nuklearwaffen der ehemaligen Sowjetunion und die Gefahr, dass diese Waffen in falsche Hände geraten, und andererseits die Proliferation von Nuklearwaffen und ihren Trägern in Dritt-Welt-Staaten. Die USA sind deshalb bestrebt, Russland mit Hilfe der Abrüstungsverträge Start-I und -II und finanziellen Zuwendungen soweit als möglich zu entwaffnen. Die Proliferation der Nuklearwaffen versuchen sie mit einer neuen Auflage des Nichtverbreitungsvertrages NPT einzudämmen.

Der Absicherung ihres wirtschaftlichen Aufschwunges dienen Freihandelsverträge und -zonen.

Gleichzeitig setzen sie ihre militärische Macht dort ein, wo ihre wirtschaftlichen Interessen unmittelbar tangiert sind oder sein könnten. Es sind dies insbesondere der Persische Golf mit den Erdölvorräten und Nordostasien mit den beiden wichtigen Wirtschaftspartnern der USA, Japan und Süd-Korea. Auf diese beiden Regionen ist auch ihre militärische Interventionsbereitschaft ausgerichtet. Es handelt sich um das Konzept der Fähigkeit zur gleichzeitigen Führung von zwei grösseren regionalen Kriegen. Für Einsätze in kleineren lokalen Kriegen sind ihre leichtbewaffneten Einheiten, wie die Militärpolizei, konzipiert.

Im *Mittleren Osten* und in *Nordafrika* versuchen islamische Gruppen die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Spannungen und Frustrationen in diesen Regionen für die Machtergreifung auszunützen. Das einzige wirksame Mittel, worüber sie verfügen, ist der Terrorismus. Diesen setzen sie nicht nur gegen westliche Einrichtungen und Personen, sondern rücksichtslos auch gegen Angehörige der eigenen Volksgruppen ein. Davon betroffen ist vor allem Algerien, das zusehends in den Bürgerkrieg abgleitet. Gelingt es den Extremisten, in diesem Land die Macht zu übernehmen, dann wird sich sehr bald zeigen, dass sie nicht in der Lage sind, die Probleme ihres Landes zu lösen. Es wird ihnen nur noch der Terrorismus nach aussen und die Repression im Innern verbleiben. Der Selbstzerstörungsmechanismus in Algerien dürfte vorprogrammiert sein.

Auf dem *Balkan* ist der Krieg in Bosnien-Herzegowina durch ein Patt gekennzeichnet. Im Augenblick ist keine der drei Parteien militärisch genügend stark, um die anderen Parteien aus den kontrollierten Gebieten zu verdrängen. Solange sich Kroatien und Serbien nicht einmischen, wird sich an dieser Pattsituation nichts ändern. Sollte allerdings diese Entwicklung eintreten, dann wird der Krieg eskalieren. Weitere Nachbarstaaten werden hineingezogen werden. Die Zahl der Flüchtlinge wird noch weiter ansteigen.

Die Auswirkungen auf Westeuropa

In Westeuropa nehmen das organisierte Verbrechen und die Flüchtlinge aus dem Osten und dem Balkan zu. Auch aus Nordafrika nimmt die Zahl der Flüchtlinge zu. Gleichzeitig ist vor allem Frankreich zunehmend Ziel von Terroranschlägen. Westeuropa ist auf diese Entwicklung weder politisch noch militärisch vorbereitet. Auch die Polizei der einzelnen Staaten dürfte bald überfordert sein.

Die Nato als Verteidigungsbündnis für den Schutz von Westeuropa ist immer noch für den kalten Krieg konzipiert und auf die neue Lage nicht vorbereitet. Dies trifft insbesondere für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und des Terrorismus zu, für die vor allem parapolizeiliche Einheiten notwendig sind. Panzer und Artillerie haben gegenüber diesen Bedrohungen keine Wirkung. Sie sind Waffen des kalten Krieges. Für den Schutz und die Abwehr dieser Bedrohung sind infanteristische Eliteeinheiten und keine Panzerkolonnen gefragt. Beinahe alle Nato-Staaten haben aber zu viele Panzerbrigaden und zu wenige Infanteriebrigaden. Die letzteren wurden in den vergangenen Jahren reduziert. Diese Entscheidung rächt sich heute. Westeuropa ist politisch und militärisch unvorbereitet und gesellschaftlich nicht in der Lage zu reagieren.

Für die gegenwärtige Lage, in der sich Westeuropa befindet, existieren keine historischen Vorbilder und damit auch keine historischen Erklärungen.

Für die gegenwärtige Situation, in der sich Westeuropa befindet, existieren keine historischen Vorbilder und damit auch keine historischen Erklärungen. Die Geschichte als Erklärungshilfe ist überholt. Der Zusammenbruch im Osten und die Eruptionen in Nordafrika sind ohne historischen Hintergrund. Die Überforderung der westeuropäischen Staaten wird zusätzlich noch durch einen eigenen Werte- und Strukturenzerfall gesteigert. Das Zeitalter der Kriminalität hat eingesetzt. Dem organisierten Verbrechen gehört – werden keine Gegenmassnahmen ergriffen – die Zukunft! ✦

Albert A. Stahel, geboren 1943, studierte an der Universität Zürich und promovierte 1972 zum Dr. oec. publ. 1973 folgten strategische Studien an der University of Lancaster. 1980 Habilitation an der Universität Zürich; seit 1987 Titularprofessor. Hauptamtlicher Dozent an der Militärischen Führungsschule mit Lehr- und Forschungsschwerpunkten in Politischer Wissenschaft und Strategischen Studien.